

Der Courier.

Hallische Zeitung



für Stadt

und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Verlag des Waisenhauses). — Redacteur Dr. H. A. Daniel.

N^{ro} 603.

Halle, Sonntag den 28. December
Erste Ausgabe.

1851.

Der „Courier, Hallische Zeitung für Stadt und Land“, das Landrathliche Kreisblatt des Saalkreises, eröffnet mit dem 1. Januar f. J. ein neues vierteljährliches Abonnement. Wir bitten unsere geehrten Leser um rechtzeitige Bestellung

für das erste Quartal (1852).

Die Expedition, die Knapp'sche Sort-Buchhandlung am Markt, die Herren Kaufleute Brodtkorb (Neumarkt) und Seiffert (Klausthor), so wie auch alle Königlichen Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt für Halle und unsere unmittelbaren Abnehmer 22½ Sgr. Durch die resp. Post-Anstalten überall nur 26¼ Sgr. — Inserate werden, die dreispaltige Zeile oder deren Raum, mit 1 Sgr. berechnet.

Inhalt: Tageschau. — Deutschland (Berlin, Kassel, Schwerin, Frankfurt). — Frankreich (Paris). — Großbritannien und Irland (London) — Dänemark (Kopenhagen). — Amerika (New-York). — Provinzielles (Privatcorrespondenzen aus Naumburg und Mühlberg; Magdeburg).

Halle, den 28. December.

Wahl zur Ersten Kammer, Kassel: Graf Königsmark.
Wahl zur Zweiten Kammer, Koblenz: Oberstaatsanwalt Neuerburg.

Eine Frankfurter Correspondenz der „Pr. Z.“, welche unten mitgetheilt ist, giebt über die Flottenfrage und eine gewisse Gerechtigkeit, die auf dem Bundestage Platz zu greifen scheint, Kunde. Am 22. tagte der Bundestag mehrere Stunden, aber ohne Resultat, über den Dresdner Entwurf der Handels- und Verkehrs-Nebereinkunft.

Nun soll gar der König von Neapel die Grenze zwischen Holstein und Schleswig reguliren.

Am 23. December Abends 8 Uhr waren die Abstimmungen aus 61 Departements bekannt. 5,100,000 Ja, 500,000 Nein. Die neueste Depesche der „Köln. Z.“ vom 24. Abends 8 Uhr hat nichts von Bedeutung zu melden.

Der Papst hat gegen seinen Nuntius in Paris die Billigung des Staatsreiches ausgesprochen. Unter den Französischen Prälaten steht Erzbischof Sibour mit seiner Mißbilligung ziemlich vereinzelt.

Am 20. December ist die Königin Isabella von einer Tochter entbunden.

Eine Petersburger Correspondenz in der „Triester Z.“ giebt den Effectivbestand der russischen Armee über 800,000 M. an. Der Empfang Kossof's in New-York am 6. war nach der „Köln. Z.“ eine patriotische Manifestation, die als einzig in ihrer Art in den Annalen des 19. Jahrhunderts bezeichnet werden kann. „Das „Einzige in seiner Art“ geben wir zu.

Deutschland.

Der „Preussische Staats-Anzeiger“ vom 25. December enthält Folgendes:

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Hauptmann a. D. von Kleist zu Kemitz, im Kreise Schlawe, den St. Johanner-Orden;

Den Mitgliedern der technischen Deputation für Gewerbe, Professor Dr. Schubarth und Fabriken-Kommissions-Rath Wedding, den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen; so wie

Dem im Ministerium des Innern angestellten Geheimen Kanzlei-Director Wulff, bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste, den Charakter als Kanzlei-Rath beizulegen.

Ernannt sind:

Der Registratur-Assistent Krüger zum Geheimen Registrator bei der fünften Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten;

ferner

Der Kanzlei-Diätarius Pieper zum Geheimen Kanzlei-Secretair.

Berlin, den 23. December. Die Frage wegen Ausscheidens des Herrn v. Stockhausen aus seinem jetzigen Amte als Kriegsminister ist noch immer nicht erledigt. Namentlich fehlt noch jede zuverlässige Andeutung darüber, ob Se. Majestät der König das Abschiedsgesuch bewilligen werde. Als Candidaten für den eventuell vacant werdenden Posten des Kriegsministers werden neuerdings neben dem General v. Lindheim die Generale Graf v. d. Gröben und Breesse genannt. Die beiden Letzteren sollen indessen bereits ausgesprochen haben, daß sie bei dem etwa an sie ergehenden Ruf die Uebernahme des Amtes ablehnen würden. — Da jetzt auch der Fürst v. Thurn und Taxis die in den Hohenzollernschen Landen auf ihn gefallene Wahl zur Ersten preussischen Kammer abgelehnt hat, so suchen die Hohenzollernschen Wähler einen Candidaten in Berlin. Dieselben wollen das Mandat einer hiesigen hervorragenden Persönlichkeit übertragen, und es werden in dieser Beziehung als in Aussicht genommen bezeichnet: der Hausminister Graf v. Stolberg, der General v. Wrangel und der Geheime Rath v. Massow. Uebrigens soll der Fürst von Thurn und Taxis die Absicht hegen, seine im Großherzogthum Posen belegene Herrschaft Krotoschin zu verkaufen. Es sind dem Vernehmen nach dem Fiscus schon darauf bezügliche Anerbietungen gemacht worden. Man ist indessen bis jetzt von dieser Seite noch in keine nähere Verhandlungen eingegangen. Der Fürst scheint seine Sympathien mehr auf den deutschen Siden concentriren zu wollen. (M. C.)

Berlin, den 25. December. Es scheint, wenigstens lassen sehr unternichtete Personen die Verhältnisse in dieser Weise auf, daß man in Wien die Hoffnungen auf den in der Kaiserstadt veranstalteten *Sollongress* bedeutend herabgestimmt. Die erst so glänzenden Berichte über die Stimmung an den süddeutschen Höfen sind durch andere ersetzt worden, welche dieselben als unzuverlässig darstellen und dem Zustandekommen bestimmter Beträge und Verabredungen in Wien durchaus kein günstiges Prognostikon stellen. Mit diesen Nachrichten mag es in Verbindung gebracht werden, daß die österreichische Presse zum Theil sich dahin äußert, daß man von Seiten der österreichischen Regierung eine Abänderung der bisherigen Verkehrsverhältnisse nur durch die Bundesversammlung herbeizuführen gedenke.

Das *Kassel* wird dem „*Frankfurter Journal*“ geschrieben: Da unsere Finanzzustände durchaus nicht mehr länger zu erhalten sind, so drängt die Regierung die Bundesversammlung zur eudlichen Lösung unserer Verfassungsfrage, um mit Hilfe eines neuen Landtags Geld zu bekommen. Unser Finanzministerium hat sich sogar schon in die Nothwendigkeit gesetzt, auf eigene Faust verzinsliche Staatsobligationen, auf einzelne ungesittete Staatsgläubiger lautend, auszustellen.

Schwerin, den 23. December. Der von dem Großherzog erlassene Landtagsabschied spricht sich nicht mehr länger zu erhalten sind, so drängt die Regierung die Bundesversammlung zur eudlichen Lösung unserer Verfassungsfrage, um mit Hilfe eines neuen Landtags Geld zu bekommen. Unser Finanzministerium hat sich sogar schon in die Nothwendigkeit gesetzt, auf eigene Faust verzinsliche Staatsobligationen, auf einzelne ungesittete Staatsgläubiger lautend, auszustellen.

Frankfurt a. M., den 22. December. Bei dem größern Maße von Deffentlichkeit, welches gegenwärtig für die Verhandlungen des Bundestages besteht, mag es erlaubt sein, mit einigen Worten uns über die Flottensprache auszusprechen. Wie es heißt, wird von der Bundes-Versammlung ernstlich daran gedacht, die in hohen Summen ausstehenden Reste von Matrifularbeiträgen nunmehr endlich einzuziehen. Die Thatfachen, welche bei dieser Gelegenheit zur Sprache kommen, haben uns wirklich überraschen müssen. So sind beispielsweise von der Matrifular-Umlage für die Flotte vom 10. October 1848 die Regierungen von Oesterreich, Bayern, Kurheffen, Sachsen und Luxemburg noch mit zusammen 2,400,000 Gulden im Rückstande, und scheinen somit für das in den österreichischen Blättern neuerdings so warm befürwortete Institut einer deutschen Flotte bis auf diese Stunde noch nicht die geringste Ausgabe gemacht zu haben, wenn man nicht etwa die in diesem Jahre gegen Verpändung der Substanz der Flotte und unter der ausdrücklichen Bedingung der unverbürgten, primo loco zu gewährenden Rückzahlung, darlehnsweise gemachten Vorschüsse, mit dem Namen eines für die Flotte gebrachten Opfers, bezeichnen will. Daß die übrigen Staaten, welche ihren Antheil an der ersten Umlage bezahlt haben, wenig Neigung verrathen, die von den sämmtigen Regierungen in der Flottenkasse gelassene Lücke durch fortgesetzte Beiträge und Vorschläge ihrerseits auszufüllen, und dabei dennoch den beharrlich nichtzahlenden Bundesgenossen die Mißdisposition über die Flotte zu lassen, kann uns nicht Wunder nehmen. Zu bedauern ist dabei nur die Flotte. Der Ausschuss, welcher die Marine-Angelegenheiten leitet, besteht aus Preußen, Württemberg, Hannover, Darmstadt, welche bei Anschaffung der Flotte mitgewirkt, und aus Oesterreich, Bayern und Sachsen, welche bisher nichts für die Flotte bezahlt haben. Nimmt man nun als wahrscheinlich an, daß die württembergische Abstimmung unter den obwaltenden Umständen jederzeit von der des österreichischen Gesandten bedingt sein wird, so ergibt sich der eigenthümliche Umstand, daß gerade diejenigen Staaten, deren erste Matrifularbeiträge noch heute in der Flottenkasse vermisst werden, nämlich Oesterreich, Bayern und Sachsen, über Administration und Leitung der Flotte durch Majorität entscheiden können. Als Motiv für die Zurückhaltung der Zahlungen wird von Oesterreich angeführt, daß die Flotte eine Bundeseinrichtung nicht sei, die Ausschreibung der Matrifularbeiträge vom October 1848 auch in Oesterreich nicht publizirt und also unverbindlich sei. Die übrigen nichtzahlenden Staaten schließen sich, wie es scheint, dieser Argumentation an. Wieviel dieselbe auch für sich haben mag, so ist doch schwer zu begreifen, wie man mit dieser Anschauungsweise die Berechtigung des Bundes vereinigen will, über die Flotte zu verfügen und den deutschen Regierungen zur Unterhaltung derselben Beiträge oder Vorschüsse abzufordern. Es wundert uns nicht, daß es Regierungen giebt, die gerne Rechte ausüben, ohne die entsprechenden Pflichten zu erfüllen, es wundert uns aber, daß andere Regierungen bereit sind, diese Pflichten allein zu leisten, die Rechte aber mit Jenen zu theilen, und obenein zu ihrem Nachtheile ungleich. Dem neuen Verfahren des Bundestages, welches neben der Veröffentlichung der, nach den ersten Proben allerdings mit Vorsicht auszusprechenden Sitzungs-Resümés, auch die Mittheilung der Protokolle behufs wissenschaftlicher Benutzung gestattet, danken wir es, daß wir dem damaligen Bundestags-Gesandten, Herrn v. Rochow, eine öffentliche Anerkennung für die edle Festigkeit aussprechen können, mit welcher er sich den Zumuthungen widersetzt hat, aus preussischen Kassen ferner Vorschüsse zur Deckung der unerfüllten Verbindlichkeiten vor so zahlungsfähigen Regierungen, wie Oesterreich, Bayern und Sachsen sind, zu leisten. Herr v. Rochow hat damals erklärt, daß, da die Flotte als organische Bundes-Einrichtung nicht anerkannt werde, die Bundesversammlung auch nicht kompetent sei, Matrifular-Umlagen zu Vorschussleistungen an die Flotte zu beschließen. Dem dennoch per majora gefassten Bundesbeschlusse: statt Einziehung der Rückstände neue Vorschüsse vorzuschreiben, hat Preußen bisher die Weigerung, dazu bei-

zutragen, entgegengekehrt. Nur auf diesem Wege dürfte es möglich sein, wenn auch allerdings durch ein unerfreuliches Mittel, der fernern Vorschlagung des jetzigen Provisoriums ein Ende zu machen, nachdem dasselbe den seit einem Jahre von Preußen angewendeten Bemühungen gegenüber von andern Seiten her mit besonderer Hartnäckigkeit festgehalten wird.

Das, was wir über den augenblicklichen Zustand der Kasse der Bundesflotte hören, ist allerdings traurig, aber noch trauriger ist das Prognostikon, welches wir dem Bunde und seinen Einrichtungen stellen müssen, wenn derselbe nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, rückständige Matrifularbeiträge zu erheben, sobald Oesterreich sich unter den Säumigen befindet und zur Verdeckung derartiger Zustände Argumentationen in Anwendung bringt, wie diejenige, welche in dem Protokoll vom 30. Juli der Gegenerklärung des Präsidiums auf den Protest Preussens zu Grunde liegt.

Es heißt dort wörtlich:

§. 99. Die zur Erhaltung der deutschen Flotte beantragte Matrifular-Umlage von 532,000 Gulden betreffend.

Präsidium. Die in der Sitzung vom 8. d. M. beschlossene Matrifular-Umlage präjudizirt der Entscheidung über die Flottenfrage in keiner Weise. — Wenn dieser Betrag auch auf die Erfordernisse der Marine verwendet werden soll, so ist er doch eigentlich zur Herabsetzung der Ordnung im Haushalt des Bundes bestimmt.

Preußen hat größere Opfer als irgend ein anderer Bundesstaat für die Schöpfung einer deutschen Flotte gebracht; wenn aber dies Unternehmen durch die beharrliche Weigerung Oesterreichs, Bayerns, Sachsens und Hessens, demselben ihre bundesmäßige Mitwirkung zu gewähren, hat scheitern müssen, und gerade die Thätigkeit dieser Staaten, ohne Widerstand in der Bundesversammlung zu finden, darauf gerichtet ist, über die Rechte so gut, wie über die Wünsche Preussens zur Tagesordnung zu gehen, so dürfen wir das Vertrauen hegen, daß die Festigkeit der preussischen Regierung die natürliche Schwerlast des preussischen Gewichtes in der Waagschale deutscher Politik in ihrer vollen Geltung zu wahren wissen werde. (Pr. 3.)

Frankreich.

Paris, den 23. December. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß das Resultat, welches in Bezug auf die letzte Abstimmung bekannt gemacht werden wird, zu Gunsten Louis Bonaparte ausfallen wird. In Bezug auf die Abstimmung der africanischen Armee lauten die Nachrichten nicht günstig. Dieselbe hat sich fast gänzlich gegen den 2. December ausgesprochen; dieses kann jedoch auf das allgemeine Resultat des 20. und 21. Decembers keinen Einfluß haben. — Da jetzt das ungeliebliche Auftreten der Regierung so zu sagen geselich gemacht worden ist, wird man sehr eifrig an der Organisation des zukünftigen Staates arbeiten. — In der letzten Zeit hat man viel von einem Testament Louis Bonaparte's gesprochen, für dessen Execution er ein aus 5 Generalen bestehendes Comité ernannt hat. Dießem Testamente ist ein versiegelter Brief beigelegt. Wie wohlunterrichtete Personen versichern, wird darin das Kaiser-Comité aufgefordert, falls Louis Bonaparte unkommen sollte, Heinrich V. nach Frankreich zurückzubekufen [?]. (R. 3.)

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Brüssel vom 19. December geschrieben: Es ist im engern Rathe des Elysée schon davon die Rede gewesen, eine neue Dynastie von Ludwig Bonaparte gründen zu lassen und die Nachfolge zu bestimmen. Man dachte an den Sohn Lucian's als Denjenigen, der im Falle eines Ereignisses an die Stelle des Präsidenten treten solle. Walewski soll nach Wien gehen; dort soll um die Hand der Prinzessin Wlaska geworben werden für den Präsidenten. Dieser soll den Titel Prinz-Regent annehmen. Wie weit solche Besprechungen schon geführt haben oder in Ausführung gebracht sind, ist mir nicht bekannt. Gewiß, daß man im Elysée diese Dinge schon ernstlich berathen hat.

Großbritannien und Irland.

London, den 23. December. Aufsehen machen die Andeutungen des Pariser Timescorrespondenten über den Notenwechsel zwischen der englischen Regierung und Ludwig Napoleon. Auch in London behaupten Gutunterrichtete, daß vom englischen Kabinet bald nach dem 2. December eine Depesche nach dem Elysée abging, welche eine unumwundene Erklärung über die Absichten des Präsidenten verlangte, mit dem Bedenten, daß die Abschaffung parlamentarischer Regierung und die Einsetzung des militärischen Despotismus in Frankreich die Beziehungen zu England gefährlich afficiren könnte; die Republik sei der alten entente cordiale nicht hinderlich gewesen, aber ein illegitimer Despotismus werde dem englischen Volke wenig Sympathie und der englischen Regierung nicht viel Vertrauen einflößen. Das Elysée antwortete darauf angeblich ausweichend und beinahe mit den Worten eines bekannten mächtigen Staatsmannes, daß durchaus keine Reaktion, sondern rein die Sicherung der Gesellschaft gegen die Attentate des Socialismus im Plane des Erwählten von Frankreich sei. In London fand man diese Erklärung zu allgemein und nichtsagend. Das britische Kabinet bestand darauf, positive Zusagen zu fordern; die officielle Correspondenz dieser Art wurde keinen Tag unterbrochen, und der Marquis of Lansdowne soll sogar sein persönliches Ansehen in Paris aufgeboten haben, um das Elysée zu einer befriedigenden Erklärung zu bewegen.

Diese Schritte führten jedoch zu keinem Resultate. Zuletzt wollte Ludwig Napoleon durch einen außerordentlichen Gesandten mündliche Erklärungen nach St. James senden, allein der von ihm Eskorte geleitete die Mission ab, weil den ihm angebotenen Instruktionen jeder „positive Kern“ fehle.

— Gegen 2 Uhr wurden englische Fonds flau und Consols fielen um $\frac{1}{4}$, angeblich, weil wieder eine englische Kabinettskrisis ausgebrochen sei. In Zusammenhang mit diesem Gerüchte bringt man die Thatsache, daß Lord Palmerston dem gestrigen Kabinettsrath nicht beige- wohnt hat.

— Herr Walker, der in der letzten Zeit Vielgenannte und einer der mutmaßlichen Kandidaten für den amerikanischen Präsidentensstuhl, hat in einem Schreiben an den Mayor von Southampton die Einladung der dortigen Korporation zu einem Festessen abgelehnt. In einem zu diesem Zwecke an den Mayor gerichteten Schreiben spielt Herr Walker auf die gegenwärtigen Verhältnisse Frankreichs an und spricht in kräftigen Ausdrücken die Ansicht aus, daß England sehr bald der Angriffs- punkt für die verbündeten Kontinentalmächte werden dürfte. (?) In diesem Falle werde England nichts übrig bleiben, als die Hüfte Amerikas in Anspruch zu nehmen, und Amerika, so glaubt der frühere ameri- kanische Staatssekretär, werde dem Ruße mit Freuden folgen, um mit England im Bunde seine Schiffskanonen gegen die Häfen des europä- ischen Festlandes spielen zu lassen.

Dänemark.

Bekanntlich sind die kölsteinischen Grenzregulirungen ins Stocken gerathen. Von beiden Seiten sind die letzten Aufstellungen gemacht, ohne daß es möglich gewesen ist, eine Uebereinstimmung herbeizuführen, und zwar, wie wir schon neulich gemeldet, weil die Dänen nach Siden zu bis ganz an die Eider heran, also z. B. das Kronwerk, für sich haben wollen. Es bleibt demgemäß nur übrig, das Urtheil eines Schiedsrichters anzurufen. Die Wahl eines Unparteiischen ist in diesem Falle schwer, wenn nicht Neapel, Portugal oder Spanien angereuert werden. Es scheint auch, als werde das Schiedsrichteramt an Neapel übertragen werden. (N. Pr. 3.)

Amerika.

New-York, den 9. December. Alle amerikanischen Zeitungen und Correspondenzen sind voll von Details über den Empfang Kossuth's. Er hatte Staten Island am 7. December verlassen, um sich nach New-York zu begeben. Der Zug durch Broadway wird als besonders imposant geschildert. 250,000 Menschen waren hier versammelt und begrüßten den Exgouverneur von Ungarn mit enthusiastischem Auf, Triumph- porten, Hüteschwenken, Geschützsalven etc. Um 12 Uhr kam er in Castle Garden an, wo ihn der Mayor im Namen der Stadt bewillkommnete. Das Gedränge war hier so groß, daß mehrere Menschen beschädigt wurden, und nur sehr Wenige die Rede Kossuth's hören konnten, die jedoch vollständig in den Zeitungen abgedruckt war. Um 1 Uhr hielt er seinen Einzug in die Stadt. Der Zug bestand aus zwölf Regimentern der Miliz, dem Gouverneur und Gouverneurleutenant des Staats New-York, mehreren Senatoren und Congreßmitgliedern, Offizieren der Land- armee und der Flotte, den Comités des Common Council, den Aldermen und den übrigen Stadtautoritäten. Kossuth wohnte sofort einer ihm zu Ehren abgehaltenen Revue der Truppen im Parke bei, zog sich aber dann sogleich in sein Local zurück, von wo aus er am Abend, wo ein grandioser Fackelzug stattfand, verschiedene kurze Ansprachen an die Menge hielt. Am 7. und 8. December erschien er nicht öffentlich. Am 9. Dec. machte ihm der Sohn des Präsidenten seine Aufwartung, um ihn im Namen des Vaters nach Washington einzuladen. Kossuth antwortete — aus Veranlassung der letzten Debatte im Senat — daß er gegenwärtig noch gar nicht wisse, ob er überhaupt nach Washington reisen werde, da die Haltung dafselbst derart sei, um ihm seine Stellung in Amerika nichts weniger als angenehm zu machen. Was seine fernere Rundreise durch die Union betreffe, könne er deshalb noch nichts Bestimmtes sagen. Von Boston und andern Plätzen waren gleichfalls Deputationen zur Begrüßung Kossuth's angekommen. Die an Kossuth gelangten Adressen können wir ebenso wenig wie dessen Reden mittheilen. Die Tendenz derselben ist zu revolutionär und die Ausdrücke sind nicht für eine Uebersetzung in deutschen Journalen geeignet. Das Thema derselben ist natürlich dasselbe wie in England, Nichtin- tervention oder besser gesagt Intervention zu Gunsten der Nichtintervention.

Provinzielles.

§ Naumburg, den 24. December. In der Nacht vom 21. zum 22. d. M. ist in der Behausung des Justizrath Bielig hiersebst ein frecher Diebstahl verübt worden. Die Diebe sind in den am Hause be- legenen Garten, und von da durch ein Fenster in die Expedition gestie- gen, wo sie Licht angezündet, alle Kasten und Schubladen geöffnet und mit Zurücklassung aller werthvollen Documente circa 280 Thlr. baares Geld gestohlen, dann aber auf unhöfliche Weise sich wieder entfernt ha- ben. Bis heute ist über die Thäterchaft noch nichts ermittelt.

○ Mühlberg an der Elbe. Bald wird das Jahr 1851 hinab- steigen und damit so manches Ereigniß desselben der Vergessenheit über- geben worden sein.

Aber im Gedächtnisse der Bewohner von Mühlberg wird noch lange eine seltsame Feier eingeschrieben bleiben.

In Mühlberg, einer kleinen Stadt an der Elbe, deren Bewohner sich hauptsächlich vom Ackerbaue oder von dem Verkehre auf der Elbe nähren, welche aber in der schweren Prüfungszeit in der Treue und Liebe an des Königs Majestät in feiner Weise gewandt, welche vielmehr allen Versuchungen und Aufreizungen widerstanden haben, befinden sich zwei der Stadt-Commune angehörige Kirchen, welche beide mehr oder weniger in Verfall gerathen waren, von denen aber die eine auf dem Grund und Boden des ehemaligen Klosters Gildenstein steht und an welche sich aus der Vorzeit so manche Erinnerung knüpfen. Diese alte ehrwürdige Klosterkirche war in ihren inneren Theilen dergestalt herunter gekommen und unsauber geworden, daß sie für den Gottesdienst kaum mehr zu benutzen war.

Da bildete sich ein Comité achtbarer und sachkundiger Männer aus der Mitte der eingepfarrten Stadt-Commune und den benachbarten Ort- schaften, und diesen gelang es, die zur Restauration benötigten Geld- mittel durch freiwillige Beiträge zusammenzubringen, so daß das ohne auswärtige Hülfen, aller beschränkten Kräfte obherachtet, Hand an's Werk gelegt werden konnte, da fast jeder Einwohner nach seinen Verhältnissen gern und willig beisteuerte. Nachdem auf diese Weise dem Innern der Kirche ein freundlicherer Ansehen gegeben worden war, und der könig- liche Herr Oberamtmann Frigyes zur Domaine Vorschlag den Fußboden mit Steinplatten ganz neu hatte belegen, der Besitzer des Rittergutes Klostergildenstein, der königliche Herr Oberamtmann Eduard Diege, aber Kanzel, Altar und Taufstein geschmackvoll hatte bekleiden lassen, wurde am 5. October 1851 die Einweihung der wiederhergestellten Kirche durch die beiden Herren Ortsgeistlichen vorgenommen und mit dem auf diesen Tag fallenden Erntefeste in Verbindung gesetzt, so daß dieser Tag zu einem Doppelfeste für alle Einwohner der Stadt und ein- gepfarrten Ortschaften, also zu einem Freudentag für Groß und Klein, Wohlhabend und Arm, auch noch durch den Anzug der Bürgerhüthen verschönert wurde.

Mögen sich die hiedern Einwohner von Stadt und Land noch lange und oft in dem wieder hergestellten Gotteshause erbauen!

Magdeburg, den 24. December. Heute feuh fand unter großer herzlicher Theilnahme das Leichenbegängniß des Pastor Kämpfe statt.

Geschichtskalender für Halle und den Regierungs- bezirk Merseburg.

26. December.

1547. Kurfürst Johann Friedrich läßt Heldringen berennen.
1813. Torgau capitulirt und wird von den Preußen besetzt.

27. December.

1547. Heldringen erobert.
1705. J. G. Knapp, Professor der Theologie zu Halle wird in Doh- ringen geboren.
1810. Auf dem Paradeplatze von Halle werden die weggenommenen englischen Colonialwaaren verbrannt.

28. December.

1636. Naumburg von Banner gebrandschaft.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 24. bis 27. December.

Im Kronprinzen: Hr. Geh. Rath v. Münchhausen a. Leiskau Hr. Geh. Rath v. Holleufer a. Sondershausen. Hr. Landrath Ulrici a. Weissenfels. Hr. Particul. Martin a. Dranienburg. Die Hrn. Kauf. Lange u. Franke a. Berlin, Hager a. Dresden.

Stadt Rüsting: Hr. Rentant Hoffmann a. Eisleben. Hr. Inspect. Schulz a. Müritzenberg. Hr. Fabrik. Franke a. Naehen. Die Hrn. Kaufleute Graeber a. Stettin, Hille a. Magdeburg, Hünse a. Leipzig, Ludwig a. Plauen.

Goldner Ring: Hr. Kaufm. Schmücke a. Magdeburg.

Englischer Hof: Hr. Baron v. Eberling a. Greunitz. Hr. Amtmann Hößling a. Greunitz. Hr. Hotelier Mauermaun a. Dresden. Hr. Ober-Insp. Scher- lach a. Eilenburg. Hr. Kaufmann Zschernich a. Weimar.

Schwarzer Bär: Hr. Defon. Inspect. Schmidt a. Köstsch. Hr. Fabrik. Busch a. Rudelswalde. Hr. Bergbeamter Jäpel a. Altenberg Hr. Kaufm. Jung a. Braunschw. Hr. Defonon Hügel a. Smündon.

Chüringer Bahnhof: Frau Rentnerin v. Denecke a. Vosen. Hr. Banquier Meier a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Stiebel, Köthe u. Kretschmar a. Leipzig. Hr. Zollpächter Sinekum u. Hr. Zollverwalter Lehmann a. Weiden. Hr. Diafo- nus Hafener a. Liebenwerda. Hr. Baumstr. Wolkorsky a. Wabern. Hr. Rentier v. Münchberg a. Leinigen. Hr. Rittergutsbes. Baron v. Malgahn a. Ketterheim.

Meteorologische Beobachtungen.

24. December.	Morgens 6 Uhr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Lufdruck . .	28 P. 3. 0,8 P. L.	28 P. 3. 0,5 P. L.	28 P. 3. 0,8 P. L.	28 P. 3. 0,7 P. L.
Luftwärme . .	1,6 Gr. Rm.	2,2 Gr. Rm.	1,3 Gr. Rm.	1,7 Gr. Rm.
Better . . .	trübe.	trübe.	trübe.	trübe.
Wind . . .	SW.	W.	W.	W.

